



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Geyer, Albin: Galizien : (Schluß)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

nur lästig nach oben und inkorrekt nach unten; können sie davon nicht lassen, so müssen sie eben mit dem Ruhm, Märtyrer ihres „Rigorismus“ zu werden, zufrieden sein und sich von Amt und Brot jagen lassen.

Bei dieser Sachlage müssen wir vorläufig, wie ich schon gesagt habe, für die „Duldung“ sehr dankbar sein, aber die Hilfe, die not tut, ist sie nicht, und sie dafür auszugeben, wäre ein schwerer Fehler. Will der Protestantismus seine Existenz, ja seine Existenzberechtigung behaupten, so muß die Wahrhaftigkeit, und zwar auch die wissenschaftlich theologische Wahrhaftigkeit als vornehmstes Recht und vornehmste Pflicht des Katheders anerkannt werden, aber ebenso sehr, ja noch mehr als Recht und Pflicht der Kanzel. Das Wort Niezsches: „Was als wahr wirken soll, darf nicht wahr sein,“ darf im Protestantismus niemals und nirgends zur Geltung kommen.



## Galizien

(Schluß)



ie Zeit der Statthalterschaft des Grafen Badeni bedeutete aber auch in einer andern Beziehung einen scheinbaren Höhepunkt für Galizien. Es gibt nur wenig Güter in diesem Lande, die nicht zu zwei Dritteln, ja bis zu drei Vierteln ihres Wertes mit Hypotheken belastet wären. Von einer intensiven Wirtschaft ist keine Rede, infolge dessen ist es kein Wunder, daß die Zinsen der Hypothekenschulden nur schwer zu erschwingen sind. Darum braucht die polnische Schlachta immer wieder Geld. Zweimal hat sie im Laufe der letzten Jahrzehnte eine ausgiebige Geldhilfe vom Staat erhalten; zuerst die sogenannte Indemnisation von mehr als 110 Millionen Gulden für die Abschaffung des frühern Untertänigkeitsverhältnisses der Bauern, und dann den Betrag für die Einlösung der Propination (Brau- und Brennereirechtigkeit) von 66 Millionen Gulden, eine im Vergleich zu den Ablösungsbeträgen in andern Kronländern ganz außerordentlich hohe Summe. Aber auch sie hat nicht lange vorgehalten, und man suchte neue Geldquellen zu erschließen. Seit Jahren war schon auf allen Seiten der Ruf nach Schaffung einer galizischen Industrie als dem einzigen Schutz gegen die fortschreitende Verarmung des Landes erschollen. Freilich ist es selbstverständlich, daß die Begründung einer Industrie in einem Lande, das nicht in der Lage ist, sich selbständig gegen auswärtige Konkurrenz durch Zölle und Eisenbahntarife zu schützen, große Vorsicht verlangt und nur langsam vor sich gehn kann. Erfahrene Leute rieten darum auch zu einer bedächtigen und auf den Eigenheiten des Landes fußenden Tätigkeit, zur Hebung der Landwirtschaft und zur Gründung solcher Industrien, für die die Bedingungen im Lande selbst vorhanden sind. Das wollte man aber nicht einsehen, und alle, die gern bald reich werden wollten, heißblütige „Volkswirte“ vom Schlage des Herrn Szczepanowski behaupteten, es sei nur der Mangel an ausreichendem

Kredit, der die Entwicklung der Industrie hindere. Nun wurde das Schlagwort vom mangelnden Kredit in die Öffentlichkeit geschleudert. Unfre Banken, hieß es, sind kleinlich, und von auswärts verweigert man uns den Kredit, weil man uns industriell ausbeuten will. So brachte man es durch eine übertriebene Agitation endlich dahin, daß zur Gründung von zweifelhaften Unternehmungen Gelder gewährt wurden, die anderwärts sogar für blühende Industrien als viel zu hoch angesehen werden. Natürlich spielte auch die „nationale“ Agitation eine große Rolle dabei; es handelte sich ja um die neue „polnische“ Industrie, die das große Volk der Polen den andern Nationen gleich machen sollte. Die tollsten Dinge kamen bei den Petroleumgründungen vor. Vor etwa zehn Jahren konnte man in den Zeitungen über die Erschließung von mächtigen Ölquellen in Galizien lesen, die angeblich eine ungeheure Ausbeute versprachen. Es fanden sich bald ausländische Unternehmer, und neben einigen inländischen Ölgesellschaften entstanden auch fünf ausländische, die sich aber bald wieder verliefen, als sich herausstellte, daß man die Erzählungen von den ungeheuern Petroleumschätzen nur in die Welt gesetzt hatte, um den polnischen Grundbesitzern zu ermöglichen, ihr Land zu den höchsten Preisen an ausländische Geldleute loszuschlagen. Nun blieben noch die inländischen Gesellschaften, die ein Konsortium dabei interessierter Leute unter nationalen Vorwänden zu halten versuchte. Die Beamtenschaft war zum großen Teil geneigt, dabei den Schützer und Teilhaber zu spielen, denn die Verbindung der Sprößlinge des Stanczykentums mit den Kapitalisten und Bankdirektoren in den Städten hatte die frühere üppige Lebensweise nicht vermindert, es waren im Gegenteil neue Lebensbedürfnisse dadurch entstanden. Die seitherigen Einkünfte waren nicht gewachsen, sie gingen vielmehr stetig zurück, aber hier floß das Geld, und es schien gut, sich nicht davon fern zu halten. Je weniger man von dem Wesen solcher Geschäfte verstand, von denen man nur gehört hatte, daß im Ausland Millionen dabei verdient worden wären, um so leichter ließ man sich hinein verlocken, je riskanter die Sache wurde, desto kühner wurden die Kreditoperationen. Es wurden Wechsel gefälscht, und es wurde an der Börse gespielt, um das Glück zu „korrigieren.“ Anfangs ging ja noch alles gut, das Geld flog hin und her, und das Land schien in eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs eingetreten zu sein. In dieser Zeit siedelte Graf Badeni aus dem Statthalterepalais in Lemberg nach Wien über, um österreichischer Ministerpräsident zu werden.

Aber der geschäftliche Zusammenbruch der galizischen Spekulationen bereitete sich schon unter der glänzenden Decke langsam vor. Zwar kamen die polnischen Bodenspekulanten auf den Gedanken, sich vom Grafen Badeni bei der Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn eine Erhöhung des Rohölzollens zu verschaffen, um dadurch das ausländische Kapital wieder anzulocken. Das wäre vielleicht auch gelungen, wenn der Ausgleich rasch zustande gekommen wäre. Aber das ist bekanntlich nicht der Fall gewesen, und nun war der Krach der galizischen Ölgesellschaften nicht mehr aufzuhalten. Zuerst fiel die Aktiengesellschaft „Potok“, dann brachte die Flucht eines Bankdirektors in Lemberg den Stein ins Rollen. Darauf folgte der Sturz der Firma Szczepanowski,

Wolski und Dęczyński, zu der Szczebanowski die Idee, die beiden andern das Geld mitgebracht hatten. Szczebanowski war in Amerika gewesen, wurde dann Abgeordneter für den Reichsrat, wo er als Berichterstatter für das Budget eine große Rolle spielte. In den Kreisen der in Galizien herrschenden Clique galt er als finanzielles Genie und war ein sehr einflußreiches Mitglied. Doch stellte sich heraus, daß die Firma bei der galizischen Sparkasse Wechselschulden von sechs Millionen Gulden hatte, von denen auf den gänzlich vermögenslosen Szczebanowski nicht weniger als drei Millionen fielen. Der 21. Januar 1899 war ein Tag des Schreckens für Galizien; entsetzt stürzten die Einleger an die Schalter der Sparkasse, um ihr Geld zurückzufordern. Die Regierung mußte eingreifen und der Sparkasse acht Millionen zur Verfügung stellen, um ihren Zusammenbruch zu verhindern. Bemerkenswert ist, daß der frühere Regierungskommissar Kleeberg, dem die Aufsicht über die Geschäftsführung der Sparkasse oblag, schon ein Jahr vorher gegen die Wirtschaftsgebarung der Kasse protestiert hatte, jedoch ohne Erfolg, da Herr Szczebanowski in der Statthalterei mehr Einfluß hatte als der Regierungskommissar.

Auf andern Gebieten war es ungefähr ebenso gegangen. Jeder Advokat, Arzt, Schriftsteller oder Beamte war bankfähig, jeder wollte eine Industrie gründen und lebte, wenn das nicht so leicht ging, bei dem leichten Kredit in Hoffnung auf den sicher nicht ausbleibenden Gewinn einstweilen wenigstens über seine Kräfte. Weil das Geld nur so floß, gab es schließlich aus nationaler Gefälligkeit und zu nationalen Zwecken allerlei Ausgaben, für die geschäftliche Verbindlichkeiten erwachsen, die wohl ebensowenig einbrachten wie die künstlichen Industrien, aber doch auch gedeckt werden mußten. Es ist für das Polentum bezeichnend, daß alle die in Frage kommenden Persönlichkeiten, große und kleine Bankrottierer, Wechselschleicher und Betrüger als „nationale“ Patrioten auftraten, sodaß jede Kritik ihrer Handlungsweise und jedes Mißtrauen in ihre Geschäftsgebarung als Verrat an den heiligsten Gütern der Nation gebrandmarkt worden wären. Die Späßen auf dem Dache erzählten sich längst schon die merkwürdigsten Geschichten über das finanzielle Treiben gewisser meist hochgestellter Herren, aber der Staatsanwalt wußte nichts und rührte sich nicht; er getraute sich nicht, in das solidarisch verbundene und einflußreiche Nest der Betrüger einzugreifen. Erst nachdem sie sich übers Wasser geflüchtet hatten oder gestorben waren, leitete er die Untersuchung ein, meist ohne Erfolg, denn mehr als anderswo heißt es in Galizien: „Der Lebende hat Recht.“ Es fand eine Reihe von Betrugsprozessen statt, von denen der bedeutendste der der galizischen Sparkasse in Lemberg war. Aber der Hauptbeschuldigte, der Direktor Zima, war während der Untersuchung gestorben, die vier andern Angeklagten wurden freigesprochen. Kenner des Landes und seiner Zustände wunderten sich durchaus nicht über diesen Ausgang des Prozesses, mehr darüber, daß er überhaupt zustande gekommen war. Denn das eine muß man der polnischen Schlachta lassen: an Opfermut und an geschlossenem Eintreten fehlt es ihr nicht, sobald die nationale Ehre in Frage kommt. Die galizische Sparkasse hatte nach dem großen Krach nur zwei Millionen Kronen

aus dem Reservefonds zu decken, die übrigen fehlenden Millionen sind von den ihrer Verantwortlichkeit bewußten und zahlungsfähigen Magnaten eingezahlt worden. Sedenfalls haben aber diese unzweifelhaften Verluste die Armut des Landes nicht vermindert, und die zur Wahrung der nationalen Ehre nach außen hin allgemein bewahrte Zurückhaltung hat zwar bewiesen, daß die durch eine mehr als hundertjährige Revolutions- und Geheimbundspolitik erworbne Schulung in allen zu nationalen Angelegenheiten erklärten Fragen den Polen nicht verloren gegangen ist, diesesmal damit jedoch nur die Verschleierung gewisser tiefgehender Schäden im Volksleben erreicht worden ist, aber noch keine Heilung. Der sich zu den Sozialdemokraten zählende, sonst aber durchaus national gefinnte polnische Abgeordnete Daszynski, der glühendste Hasser der Adels Herrschaft in Galizien und im übrigen der hinweisendste Redner im Wiener Abgeordnetenhaus, hat eine ganze Reihe von galizischen Notabeln in öffentlichen Blättern der Unterschlagung beschuldigt, ohne daß auch nur einer versucht hätte, den Mlageweg zu beschreiten. Auch die Abwicklung der mit der Aufrechterhaltung der galizischen Sparkasse verknüpften Geldoperationen scheint nicht ohne weitere Unterschlagungen abzugehn. Um die Sparkasse vor dem Bankrott zu retten, war auch beschlossen worden, die galizische Bank für Handel und Gewerbe zu liquidieren. Zu diesem Zweck hatten mehrere Magnaten, darunter die Fürsten Adam und Ladislaus Sapieha, Garantie bis zu fünf Millionen Kronen geleistet. Wie nun polnische Blätter meldeten, hatten die Liquidatoren für sich große Darlehn aus der Kasse entnommen, und es wären auf diese Weise nicht weniger als sechs Millionen Kronen verschwunden; doch werde die Sache nicht gerichtlich verfolgt werden, damit nicht neuer nationaler Skandal heraufbeschworen würde. Man sieht, es ist noch alles so wie im alten Königreich Polen: wer Führer der Schlachta sein will, dem kostet die Sache viel Geld, er muß leben und leben lassen. Für alle reicht das freilich nicht aus, und darum tauchen immer wieder neue Pläne auf, wie für die ewig Genießenden neue Geldzuschüsse beschafft werden können. Die neuste Losung ist die Parzellation, die so durchgeführt werden soll, daß die Schlachta für den abgetretenen Grund und Boden eine möglichst hohe Entschädigung, wenn möglich über den wirklichen Wert, erhalten würde. Deshalb soll die Parzellation als eine öffentliche Angelegenheit mit Hilfe des Staates und des Landes durchgeführt werden. Nun, damit dürfte es wohl keine Eile haben.

Die galizischen Grundbesitzverhältnisse sind allerdings insofern unhaltbar, als das Eigentum an Grund und Boden beinahe zur Hälfte zwischen den Bauern und der Schlachta verteilt ist, indem sechs Millionen Bauern ungefähr denselben Flächenraum besitzen wie 3000 Schlachtzigen. Die Erwerbsverhältnisse für den galizischen Landbewohner sind dabei so erbärmlich, daß er Grund und Boden nicht anzukaufen vermag, im Gegenteil bei dem geringsten Leichtsinn in Geldverlegenheiten Gefahr läuft, von seinem Besitz vertrieben zu werden. Im Jahre 1891 betrug nach den vom statistischen Landesbureau herausgegebenen Mitteilungen die Zahl der gerichtlich angeordneten Versteigerungen von Bauerngehöften 2171, und seitdem hat sie sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Der Schätzungswert dieser Wirtschaften beläuft sich alljährlich

durchschnittlich auf  $4\frac{1}{2}$  Millionen Gulden, der wirkliche Wert für den arbeitenden Bauer steht aber vielfach höher. Das Betrürendste dabei ist nun, daß der Bauer in der Mehrzahl wegen ganz geringfügiger Beträge enteignet wird. Bei den 7568 Versteigerungen insgesamt, die in den Jahren 1895/97 vorgenommen wurden, betrafen nur 459 Fälle größere Schuldforderungen von mehr als tausend Gulden, in 2825 Fällen wurden die Besitzungen wegen Schulden von fünfshundert bis tausend Gulden versteigert, und in 3749 Fällen wegen Forderungen unter hundert Gulden, davon in 1009 Fällen wegen ganz winziger Beträge von 1 bis 25 Gulden. Tausende von Bauernfamilien sind nicht imstande, solche Schulden abzutragen, werden darum von der väterlichen Scholle vertrieben und in das Elend gestoßen. Die Folge davon sind massenhafte Auswanderungen und Streiks der Feldarbeiter. Für die Schlachta ist die Auswandrerbewegung sehr ungünstig, den Bauern aber bringt sie große Vorteile. So wurden vor zwei Jahren allein an die Postämter im Bezirk Jaslo von Auswandrer für ihre Angehörigen Geldbeträge von mehr als einer Million Kronen eingesandt. Dorfgeistliche erzählen, daß die nach Deutschland wandernden „Sachfengänger“ viel im Auslande lernen und sich nach der Rückkehr in die Heimat meistens durch größere Arbeitsamkeit und Ordnungsliebe auszeichnen. Dabei haben viele von ihnen soviel Geld erworben, daß sie Grundbesitz zu ansehnlichen Preisen ankaufen können.

Die Verhältnisse im Großgrundbesitz sind wirtschaftlich ebenso ungesund wie beim Bauernstande. Dabei ist in letzter Zeit eine in nichts begründete Güterspekulation eingegriffen, durch die die meisten Güter auf das Drei- und Vierfache von dem geschätzt wurden, was sie noch vor dreißig Jahren wert waren. Männer mit sehr bekannten Namen, die auch im politischen Leben eine große Rolle gespielt haben, sind in diese Güterspekulationen verwickelt, wobei die Summen, die zu den Anzahlungen nötig waren, meist durch Wechsel aufgetrieben wurden. Dadurch sind der Hypothekar- und der Personalkredit der galizischen und auch einzelner Wiener Banken auf das äußerste in Anspruch genommen worden, was zu krisenhaften Erscheinungen führen muß und im einzelnen auch schon geführt hat. Die Mehrzahl der Hypotheken wird exequiert werden müssen, und manche werden gar nicht realisiert werden können. Unter diesen Umständen versteht es sich von selbst, daß der Großgrundbesitz immer mehr in jüdische Hände übergeht, und traurig ist dabei, daß die verschuldete Schlachta zuläßt oder nicht verhindern kann, daß ihre Güter an jüdische Spekulanten übergehen, weil sie selbst aus sich heraus nicht ins Werk zu setzen vermag, solche Güter durch eine verständige Parzellierung an Bauern zu verkaufen. Die neuen Besitzer freilich werden das verstehen und zu gelegener Zeit in Angriff nehmen. Der kleine Landbesitz geht zwar auch allmählich mehr und mehr in den Besitz der Dorfjuden über, aber sie behalten ihn eben meist nicht, sondern verkaufen ihn mit Nutzen weiter, dagegen ist ein bedeutender Teil des großen Grundbesitzes schon in jüdischen Händen. Nach Dr. Heinrich Gabel gehören den Juden in Galizien 13,26 Prozent des landtäflichen Großgrundbesitzes, und es gebührten ihnen deshalb von Rechts wegen zwei Mandate. Im Wahlkreis Stryj-Dolina könnten sie allein ihren Abgeordneten durch-

bringen, da sie im Bezirk Stryj 68,86 Prozent und im Bezirk Dolina 84,6 Prozent der landtäflichen Güter in Besitz haben. Wenn die Juden ihre Kraft gebrauchen wollten, so könnten sie, meint Dr. Gabel, einen Abgeordneten im Großgrundbesitz, vier bis fünf in den Städten, drei in den Handelskammern und einen in der allgemeinen Wählerklasse durchbringen. Die Sache ist vollkommen richtig, denn mehr als das halbe Land ist von den Juden finanziell abhängig. Die Schlachta hat in keinem Falle zulassen wollen, daß eine Verständigung zwischen den Juden und den Ruthenen zustande käme, weil dann diese beiden in manchen Bezirken die Oberhand erlangen würden. Darum hat sie den Juden ihre Freundschaft angeboten, und so ist der politische Schacher zwischen beiden in Galizien zu einer Landestraddition geworden. Diese wird selbstverständlich nur so lange Bestand haben, als die Juden ihren Vorteil dabei finden, und die Schlachta fürchtet namentlich die nationale Bewegung der jüdischen Zionisten, gegen die sie die Polen zum Kampf auffordert.

Neben diesen die Herrschaft der Schlachta in Galizien bedrohenden Erscheinungen von vorwiegend wirtschaftlicher Natur stehen noch soziale Bewegungen. Natürlich schreiten die Dinge in diesem wirtschaftlich und geistig zurückgebliebenen Lande langsamer vorwärts als in dem fortgeschrittenen Westen, aber auch die Polen können sich dem Einflusse der modernen Ideen nicht ganz verschließen. Im Westen ist die früher allein herrschende Schicht der Gesellschaft durch jüngere emporstrebende Klassen zurückgedrängt worden, und auch Kleinbürger wie Arbeiter haben ihren Anteil an Mandaten und öffentlichen Stellungen gefordert und zum Teil erlangt. Langsamer setzt sich diese Umwandlung in Galizien durch. Schon bei den Reichsratswahlen von 1897 wäre dies stärker zum Ausdruck gekommen, wenn nicht der vereinigte Druck der Schlachta und der Beamtenschaft, ja wenn nicht sogar die Gewalt der Waffen die Bewegung gehemmt hätte. Bei den letzten Reichsratswahlen ist sogar ein Rückschlag eingetreten, da die Schlachta, gewarnt durch den voreiligen Siegesjubel gewisser Wiener Blätter, mit größerer Vorsicht vorgegangen war und einen unverkennbaren Erfolg erzielt hat, der dadurch noch größer wurde, daß die polnischen Christlichsozialen, die unter der Führung des unzuverlässigen Paters Stojalowski stehen, bewogen wurden, in den Polenklub einzutreten. Stojalowski selbst sowie der Führer der polnischen Volkspartei, Stajinski, wurden nicht wieder gewählt. Es läßt sich nun leicht erkennen, daß diese Erfolge keinen dauernden Charakter haben können, und daß die Schlachta von dieser Seite aus starke Einbußen erleiden wird. Würden die Wahlen in Galizien überhaupt freigegeben, so fiel sicher die Hälfte der Abgeordnetenliste in die Hände der Ruthenen, der polnischen Bauernparteien und der Sozialdemokraten. Im vollen Bewußtsein, daß für sie Sein oder Nichtsein auf dem Spiele steht, weiß die Schlachta in der Leitung der Wahlangelegenheiten und in der Führung des Polenklubs große Geschicklichkeit zu entwickeln. Der Polenklub ist aber auch nichts weniger als eine geschlossene Genossenschaft. Nach außen hin wird zwar der Schein der Solidarität aufrecht erhalten, im Innern aber tobt ein persönlicher Kampf schlimmster Art; Eifersucht, Neid, gegenseitiges Beiseitestoßen, das eifrigste Bestreben, Mittel und Wege zu finden,

um die Stellung des „Kollegen“ so gründlich wie möglich zu untergraben, sind an der Tagesordnung. Namentlich treten die sogenannte Krakauer Richtung, die echte Schlachtzigenpartei, und die Lemberger Richtung, die eine etwas demokratischere Färbung trägt, hervor. Denn der Polenklub besteht längst nicht mehr aus lauter Schlachtzigen.

Obwohl der Mittelstand ursprünglich keine altpolnische Einrichtung war, hat doch die fortschreitende Kultur in allen drei polnischen „Anteilen,“ am meisten in den preußischen Polenprovinzen, am wenigsten in Galizien, eine Art Mittelstand hervorgebracht, der namentlich in denen seiner Glieder, die eine höhere Bildung genossen haben, nach politischem Einfluß strebt. Um diesen zu gewinnen, war es notwendig, die bei den Polen allein wirksame Saite, die nationale, anzuspannen. Es ist darum auch in allen polnischen Gebieten, seitdem Leute aus dem Mittelstande zur Geltung gekommen sind, das Anwachsen der polnischen Agitation zu bemerken. Dieser demokratische Flügel der Polen ist nicht neu, er hat sich schon in früheren Polenbewegungen gezeigt und meist Spaltungen hervorgerufen. Die Schlachta ist selbstverständlich sein natürlicher Feind, muß aber mehr und mehr mit ihm paktieren, will sie überhaupt die Leitung der polnischen Bewegung behalten, und sie muß, um ihn zu übertrumpfen, selbst chauvinistischer auftreten. Das läßt sich in den letzten Jahren immer deutlicher beobachten. Nach dem Scheitern des Aufstandes von 1863 war man in den leitenden Polenkreisen von der frühern Praxis der „ungefähr aller fünfzehn Jahre sich wiederholenden Insurrektionen zur Auffrischung der Gefühle“ — wie Graf Bismarck sich am 16. März 1867 ausdrückte — abgekommen und hatte eine neue Taktik eingeschlagen. Zunächst wurde der Krieg gegen drei Fronten aufgegeben, und dann sollte in dem duldsamen Österreich eine einflußreiche politische Stellung geschaffen werden, von der aus man mit desto größerem Nachdruck gegen Rußland und Preußen vorgehn konnte. Wie sehr das deutschliberale Regime den Polen dabei unbewußt entgegengekommen ist, haben wir schon dargetan. In den siebziger Jahren war es auch schon fast so weit, daß durch polnische Intrigen Österreich und Rußland in einen Krieg verwickelt worden wären. Der russisch-türkische Krieg und danach das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich schafften diese politische Lage aus der Welt, und es läßt sich nicht verkennen, daß dieses Bündnis nicht ohne Erwägung der Einwirkung auf die polnische Propaganda abgeschlossen worden ist. Darum hat auch leztthin in Berlin das Auftreten der galizischen Polen wegen der Vorgänge in Breschen unangenehm berührt. Die galizische Schlachta war freilich am wenigsten schuld daran. Die eigentlichen Führer, die meist zugleich in Rußland und Galizien begütert sind, haben keineswegs dem großpolnischen Gedanken entsagt, aber sie halten die das Volk dezimierenden Revolten für unklug, dagegen würden sie nichts gegen einen Krieg der Ostmächte untereinander haben, weil dabei der Gedanke der Wiederaufrichtung Polens eine Stelle finden könnte. Zunächst halten sie Preußen für den gefährlichsten Gegner, doch liegt hierin nicht der eigentliche Grund für das Auftreten gegen Preußen, sondern darin, daß dort die Partei der Schlachtzigen, die sogenannte polnische Hofpartei, durch die polnische Demokratie aus allem Einfluß verdrängt worden ist. Darum

mußte auch hier die Führung der Schlachta im Vordergrund der großpolnischen Agitation auftauchen, und so erschien denn bei den Protesten gegen die Schulvorgänge in Breschen im deutschen Reichstage der Prinz Radziwill, geradeso wie im galizischen Landtage Fürst Czartoryski und Graf Dzieduszycki als Wortführer der angeblich beleidigten polnischen Nation auftraten.

Dieser meist im stillen geführte Kampf um die Führung des polnischen Volkes zwischen den Schlachtzigen und den Demokraten ist das eigentliche Kennzeichen der heutigen Polenbewegung und zugleich der Grund für ihr erneutes Aufflammen. Die Schlachtzigen müssen, um an der Führung zu bleiben, das radikale Drängen ihrer demokratischen Genossen mitmachen, womöglich überbieten, und die Gefahren, die ihrer Stellung wie ihrem Volke drohen, klar erkennend, suchen sie durch geschickte politische Taktik namentlich in Oesterreich eine patriotische Miene zu bewahren. Sie haben bisher mit Glück operiert, und namentlich die Leitung des Polenklubs verrät große Umsicht und diplomatische Gewandtheit. Man ist auch bei der Behandlung der heikeln Breschener Schulangelegenheit gerade noch mit einem blauen Auge weggekommen. Während seiner Rede in der österreichischen Delegation über die äußere Politik richtete Graf Dzieduszycki zwar allerhand Spizen an die Adresse Deutschlands, erklärte sich aber doch nicht direkt gegen den Dreibund. Im Polenklub, wo dann die Herren unter sich waren, wurden sie schon deutlicher, und der nicht der Stanczykengruppe angehörende Abgeordnete Graf brachte den Antrag ein, die Polen sollten zwar für die Wehrmacht der Monarchie eintreten, aber nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die österreichisch-ungarische Politik unabhängig sein sollte von der des Deutschen Reichs. Der Obmann v. Zaworski brachte es schließlich so weit, daß der Antrag dahin abgeändert wurde, die Stärkung der österreichisch-ungarischen Wehrkraft solle darauf berechnet sein, die vollständige Freiheit zur Wahrung der österreichischen Großmachtstellung zu sichern. Man hatte also Deutschland nicht ausdrücklich genannt, sonst unterscheidet sich der Sinn der beiden Anträge gar nicht, aber einen Angriff auf das Bündnis mit Deutschland hätte man in der Hofburg nicht vertragen, und es wäre dann für den Polenklub unmöglich gewesen, die bisherige patriotische Maske beizubehalten.

Die Verhältnisse in Galizien spizen sich trotzdem auch nach dieser Richtung hin immer mehr zu. Die Demonstrationen gegen die deutschen Konsulate in Lemberg und Krakau wegen der Breschener Vorfälle gingen durchaus vom bürgerlichen Publikum aus, die schwere politische Niederlage, die sich die Lemberger Demokratie — die Herren Bima, Szejepanowski und andre gehörten zu ihr — bei dem großen Finanzkrach geholt hatte, scheint schon vergessen zu sein, und das Vorgehn der preußischen Regierung gegen ihre auffässigen Polen wird noch öfters in Galizien Anlaß zu großpolnischen Demonstrationen geben, einerlei, ob die Schlachta dabei führend auftreten möchte oder nicht. Es handelt sich um den Kampf um die Führerschaft — aber auch sonst um weiter nichts. Die polnischen revolutionären Condottieri des neunzehnten Jahrhunderts, die bei allen Revolutionen dabei sein mußten, sind ausgestorben, an eine „polnische Revolution“ denkt heute niemand mehr ernstlich, an

wenigsten die Leute, die davon große Worte machen. Es ist auch dort das einfache „Geh weg, ich will mich an deinen Platz setzen,“ was unsern gesamten demokratischen Bewegungen das Gepräge gibt. Gefährlich für die Regierungen ist dergleichen nicht mehr, aber beschwerlich. Für die österreichische Regierung werden die Schwierigkeiten in Galizien in demselben Maße wachsen, wie der unaufhaltsame Verfall der Schlachta fortschreitet. Es wäre falsch anzunehmen, daß man in Wien nicht zuweilen gewußt habe, wie es in Galizien eigentlich aussieht. Aber die Herrschaft der Schlachta war das kleinere Übel, das länger als ein Vierteljahrhundert allen österreichischen Regierungen (darunter allein dem Ministerium Taaffe vierzehn Jahre) ermöglicht hat „fortzuvorsteln.“ Die unfruchtbare oppositionelle Kritik hat diesen Umstand schon wiederholt breitgetreten, leider aber auch nicht gewußt und angegeben, wie man es anders hätte machen sollen. Es war mindestens bequem, wenn nicht notwendig, für jede österreichische Regierung, die nie der Unterstützung der Deutschen und meist auch der Tschechen sicher sein kann, die immer bereiten polnischen Stimmen zur Verfügung zu haben. In frühern Zeiten wurden ja die Polen vom Liberalismus gehätschelt, und es war darum nicht unpopulär und erschien sogar ganz volksfreundlich, Galizien den hergebrachten polnischen Herren auszuliefern. Die Zustände dort waren wohl nicht erfreulich, am ähnlichsten waren sie denen im benachbarten Ungarn, doch auch die Magyaren erfreuten sich seinerzeit sehr der Sympathie des europäischen Liberalismus. Aber seit man nach mehr als drei Jahrzehnten die Früchte gesehen hat, haben sich die Anschauungen bedeutend geändert. Die heutige politische Lage in Europa verträgt keine Aufrollung der polnischen Frage mehr. Preußen wird mit seinen Polen allein fertig werden müssen, und wie sich Österreich und Rußland gegenüber polnischen Unruhen benehmen würden, das kann man schon aus ihrem gemeinsamen Vorgehn gegen die Balkanhändel entnehmen, und Polen liegt ihnen doch in verschiedner Beziehung um ein erkleckliches näher. Von dieser Seite her droht keine Gefahr. Die Schwierigkeiten werden bloß innerer Natur sein, aber sie werden für Österreich von grundlegender Bedeutung werden. Wenn auch noch in Galizien die radikale Demokratie zum Einfluß kommt, dann kann in Österreich die bisherige Regierungsweise schlechthin nicht fortgesetzt werden, und in Galizien wird man mit Hilfe der Ruthenen, der Reste des Deutschtums und der Wiederbelebung der Staatsautorität dem Lande eine neue Zukunft bringen, namentlich nach der wirtschaftlichen und der sozialen Richtung hin, überhaupt Galizien für Österreich neu erobern müssen. Dann wird sich erst zeigen, welche Schwierigkeiten man durch Jahrzehnte währendes Geschehenlassen herangezogen hat; denn der österreichische Beamte kann nicht polnisch, und der jetzige galizische Beamte denkt nur in seltenen Fällen österreichisch; hier liegt der tatsächliche Beweis vor, wohin der Föderalismus in Österreich führen mußte. Es wird ganz von der Entschlußfähigkeit der Krone und den Regierungen in Österreich abhängen, mit welcher Entschiedenheit und welchen Mitteln man vorgehn wird, aber einschreiten wird man müssen. Dann kann allerdings der Fall eintreten, daß man zu einer „Sonderstellung Galiziens“ kommt, freilich noch in ganz anderm Sinne, als

sich dies der Deutschnationalismus in Österreich vorstellt. Die weitere Entwicklung in dieser Richtung kann unter Umständen sehr rasch erfolgen und wird ebenso sehr von den leitenden Persönlichkeiten in Österreich, wie von dem weiteren Fortschreiten der großpolnischen Agitation und der sozialen Verschiebung in Galizien bestimmt werden. Es wird dann einen Neubau an dem alten Stammhaus Österreich geben, das dadurch gar nicht weiter erschüttert zu werden braucht, woran sich aber die Deutschen in Österreich, falls sie bis dahin das politische Fadendrehn am doktrinären Spinnrocken aufgegeben haben, nach ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung für Österreich beteiligen könnten. Sie könnten dann auch wieder die Aufgabe übernehmen, deutsche Kultur in den Osten zu tragen.

Albin Geyer



## Eine Inselreise durch das griechische Meer

Von Friedrich Seiler

### 3. Von Paros bis Thera



in starker Wind wehte und trieb hohe, schaumgekrönte Wellen vor sich her, aber die soeben aufgegangne Sonne schien unverhüllt, als wir auf der Reede von Paros vor Anker gingen. Weiß lagen die Häuser der Stadt vor uns, und die Anhöhen nach dem Innern zu waren bedeckt mit weißen Windmühlen und weißen Kapellen, deren Zahl auch auf Paros, obgleich die Stadt außerdem ein Zentralheiligtum hat, übermäßig groß ist. Wir landeten und begaben uns durch die uns nun schon nicht mehr neuen, engen, gewundenen Gassen zu den Resten eines alten fränkischen Schlosses, dessen Mauern samt einem sechseckigen Turm zum großen Teil aus antiken Baugliedern aufgerichtet sind. Eigentümlich nahmen sich die runden Säulendurchschnitte aus, die sich schichtweise über den schweren Quaderreihen hinstreckten und eine Abwechslung zwischen viereckigen und runden Teilen hervorbrachten, wie ich sie noch an keinem andern Bauwerk wahrgenommen habe.

Dann gingen wir zu der in der Nähe liegenden alten Akropolis und erinnerten uns dabei, daß wir auf dem Boden der Stadt wandelten, gegen die Miltiades nach seinem Siege bei Marathon den unglücklichen Heereszug unternahm, der ihm sein Ansehen und seine Freiheit raubte. Die alte Akropole von Paros besteht aus einem niedrigen aber ziemlich steilen Hügel. Ein Stück von dem berühmten marmor Parium, das man an seinem Fuße auf dem Felde fand, gab die Veranlassung, daß das deutsche archäologische Institut im Jahre 1899 diesen Burghügel bis auf den lebendigen Fels untersuchte. Einen Teil von ihm nimmt jetzt eine Kirche ein, und unter und neben dieser fand man die Fundamente eines Tempels aus dem sechsten Jahrhundert und viele einfarbige und geometrisch verzierte Vasenscherben. Tempel und Kirche liegen jetzt hart über dem brausenden Meer, dessen Wellen den Felsen allmählich unterwaschen